

## Niederschrift

über die 27. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 18.03.2014, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus

Ursula Brand

ab 16.10 Uhr

Dietmar Busch

Petra Ebbinghaus

Rolf Ebbinghaus

Horst Enneper

Karl-Heinz Fischer

Detlef Graß

Margot Grüterich

Klaus Haselhoff

Bernd-Eric Hoffmann

Olaf Jung

Claus Kanter

Thomas Klee

Rosemarie Kötter

Ralf-Udo Krapp

Thomas Lorenz

Dietrich Lunderstädt

Dr. Axel Michalides

Arnold Müller

Heide Nahrgang

Werner Nowara

Annette Pizzato

Sabine Plasberg-Keidel

Dr. Jörg Rieger

Rolf Schäfer

Udo Schäfer

Christoph Schlüter

Sebastian Schlüter

Axel Schröder

Rolf Schulte

Dietmar Stark

Klaus Steinmüller

Gerd Uellenberg

Annette Verhees

Christian Viebach

Gudrun Weber

Dr. Jörg Weber

Harald Weiss

von der Verwaltung

Ute Butz  
Julia Gottlieb  
Frank Nipken  
Sandra Hilverkus

Schriftführerin

Vanessa Jager

es fehlt:

Ratsmitglieder

Christof Bleichert  
Uwe Rohde-Müller  
Rainer Röhlig  
Michael Tissarek  
Peter Fritz Sebastian Ullmann

## **Tagesordnung:**

### **(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 26. Sitzung des Rates der Stadt am 17.12.2013 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Verteilung der stadteigenen Wahlwerbeflächen (Antrag der AL-Fraktion vom 27.02.2014) AN/0193/2014
5. Berichterstattung der Bäder Radevormwald GmbH über ihre wirtschaftliche Situation (Antrag der AL-Fraktion vom 27.02.2014) AN/0195/2014
6. Haushalt / Haushaltssicherungskonzept
- 6.1. Wegfall der geplanten Verwaltungsstelle für den Fachbereich Stadtplanung und Umwelt (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0207/2014
- 6.2. Aufrechterhaltung der jugendpflegerischen Aufgaben im Jugendzentrum Life (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0208/2014
- 6.3. Änderungen im Stellenplan C, Feuerwehr (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0209/2014
- 6.4. Bericht über die Organisationsuntersuchung Fachbereich Tiefbau und Fachbereich Zentrale Dienste (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0216/2014

6.5.	Stellenplan 2014	BV/0579/2014
6.6.	Betriebswirtschaftliche Vergleichsrechnung zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 27.02.2014)	AN/0194/2014
6.7.	Verzicht Erwerb Asylbewerberunterkunft (Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014)	AN/0197/2014
6.8.	Sperrvermerk Erwerb Asylbewerberunterkunft (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014)	AN/0210/2014
6.9.	Wegfall Zuschuss Kulturkreis (Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014)	AN/0198/2014
6.10.	Veränderung " Zuschüsse von privaten Unternehmen, Produktgruppe 1.16.01" (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014)	AN/0211/2014
6.11.	Umgestaltung Zufahrt Kaiserstraße Ost und Ausfahrt Oststraße (Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014)	AN/0199/2014
6.12.	Wegfall Ersatzbeschaffung Geländewagen (Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014)	AN/0200/2014
6.13.	Wegfall Ersatzbeschaffung Multicar (Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014)	AN/0202/2014
6.14.	Wegfall Fassadendämmung Turnhalle Jahnstraße (Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014 und Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014)	AN/0201/2014
6.15.	Rekommunalisierung externer Dienste (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 16.03.2014)	AN/0227/2014
6.16.	Reduzierung der Haushaltsmittel für den Bau der Umkleidekabinen Sportanlage "Schulzentrum" (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 12.03.2014)	AN/0213/2014
6.17.	Sperrvermerk Produkt "1.01.12, Digestorien Hauptschule" (Haushaltsbegleitantrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2014)	AN/0214/2014
6.18.	Einrichtung einer offenen Ganztagschule der GGS Bergerhof-Wupper am Standort Wupper (Haushaltsbegleitantrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2014)	AN/0215/2014
6.19.	Senkung der Energiekosten (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)	AN/0219/2014
6.20.	Erstellung Gebäudenutzungskonzept (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)	AN/0220/2014

6.21.	Ausschreibung der Gebäudereinigung (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)	AN/0221/2014
6.22.	Verringerung der Kosten für die externen Beratungen (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)	AN/0222/2014
6.23.	Senkung der Telefonkosten (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)	AN/0223/2014
6.24.	Einführung einer Internetplattform (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)	AN/0224/2014
6.25.	Instandhaltung der Grünflächen (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)	AN/0225/2014
6.26.	Erteilung eines Prüfauftrag an das Rechnungsprüfungsamt (Haushaltsbegleit Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2014)	AN/0217/2014
6.27.	Haushalt 2014, Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2022	BV/0578/2014
7.	Neufassung der Entwässerungssatzung der Stadt Radevormwald vom 18.06.2008	BV/0576/2014
8.	Neufassung der Ausführsatzung vom 18.06.2008	BV/0577/2014
9.	1. Änderung zur Friedhofssatzung vom 30.06.2011	BV/0583/2014
10.	Umgestaltung von Schlossmacherplatz/ -passage	BV/0527/2013/2
11.	Ertüchtigung Ortsentwässerung Filde	BV/0545/2014
12.	Straßenunterhaltung 2014	BV/0548/2014
13.	Energetische Teilsanierung der Turnhalle Jahnstraße	BV/0346/2012/3
14.	Ersatzbeschaffung Multicar Fumo Bj. 2002	BV/0563/2014
15.	Lärmaktionsplan Stufe 2 hier: Bericht über die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 47 d Abs. 3 BImSchG sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Beschluss des Lärmaktionsplanes	BV/0568/2014
16.	46. Änderung des Flächennutzungsplanes, ehemaliger Schulstandort Blumenstraße und Umgebung	
16.1.	Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 15.08.2013	BV/0510/2013/1
16.2.	Bericht über die öffentliche Auslegung des Entwurfes sowie über die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (2) bzw. 4 (2) BauGB; Feststellungsbeschluss	BV/0534/2013/1

- |     |  |              |
|-----|--|--------------|
| 17. | Ermächtigungsübertragungen Haushaltsjahr 2013 - 2014             | BV/0582/2014 |
| 18. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen         | IV/0459/2014 |
| 19. | Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung der Stadt Radevormwald | IV/0457/2014 |
| 20. | Mitteilungen und Fragen  |              |

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister auf die vorliegenden Tischvorlagen hin. Die vorliegende Antrag der FDP-Fraktion kann aus formellen Gründen nicht behandelt werden, zumal hier keine außerordentliche Dringlichkeit gegeben ist. Des Weiteren teilt er mit, dass die UWG-Fraktion den Antrag zum TOP 6.15 zurückgezogen hat; stattdessen wird dort nun der Antrag der AL-Fraktion, der ebenfalls als Tischvorlage vorliegt, behandelt. Abschließend erklärt er, dass in der heutigen Sitzung nach der Tagesordnung, die mit dem zweiten Nachtrag versendet wurde, verfahren wird.

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

### **(Öffentlicher Teil)**

#### **1. Niederschrift über die 26. Sitzung des Rates der Stadt am 17.12.2013 (öffentlicher Teil)**

---

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

#### **2. Informationen des Bürgermeisters**

---

Der Bürgermeister berichtet, dass der ehemalige Stadtdirektor, Herr Hans Gesenberg, verstorben ist und ruft zu einer Gedenkminute auf.

#### **3. Einwohnerfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

#### **4. Verteilung der stadt eigenen Wahlwerbeflächen (Antrag AN/0193/2014 der AL-Fraktion vom 27.02.2014)**

---

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Herr Nipken verweist auf seine diesbezüglichen Ausführungen im Hauptausschuss. Die Verwaltung hat dort vorgeschlagen, für die kommende Wahl statt der bisher 90 nun 125 Dreiecksstände zur Verfügung zu stellen. Die Einteilung der Plakatgroßtafeln soll, wie auf der als Tischvorlage vorliegenden Darstellung, vorgenommen werden.

Herr Ebbinghaus nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und erklärt eine Abstimmung über den Antrag, für nicht mehr notwendig.

**5.           Berichterstattung der Bäder Radevormwald GmbH über       AN/0195/2014  
ihre wirtschaftliche Situation (Antrag der AL-Fraktion  
vom 27.02.2014)**

---

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion. Eine Abstimmung hierüber wird eigentlich nicht für notwendig angesehen, da die gewünschte Berichterstattung gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit selbstverständlich sein sollte. Er warnt davor, dass die Bevölkerung ansonsten einen schlechten Eindruck erhalten könnte.

Herr Stark stimmt den Ausführungen von Herrn Ebbinghaus zu.

Herr Viebach macht klar, dass in den vergangenen Ausschusssitzungen bereits über die von der AL-Fraktion geforderten Informationen berichtet worden ist. Er schlägt vor, dass bei Vorstellung des Jahresabschlusses 2013 in den entsprechenden Gremien, die gewünschten Informationen noch einmal gegeben werden.

Herr Hoffmann, Vorsitzender des Ausschusses für Eigenbetriebe und Beteiligungen, hinterfragt die Dringlichkeit dieser Angelegenheit. Er macht aber deutlich, dass er bei Bedarf dazu bereit ist, eine Ausschusssitzung einzuberufen.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, den Geschäftsführer der Bäder Radevormwald GmbH anzuweisen, im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Eigenbetriebe und Beteiligungen zusammen mit dem Jahresabschluss 2013, auch über die Jahresabschlüsse 2009 bis 2012 die Öffentlichkeit sowie die Vertreter der politischen Parteien über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens zu informieren. Zu den notwendigen Informationen zählen in diesem Zusammenhang nicht nur die Bilanzabschlüsse 2009 bis 2012, sondern auch die Gewinn- und Verlustrechnung der jeweiligen Jahre und darüber hinaus die jeweiligen Lageberichte. Insbesondere ist die aktuelle Situation mit Ausblick auf die erwartete Unternehmensentwicklung darzustellen. In der Folgezeit sind zeitnah zur Fertigstellung des Jahresabschlusses die Gemeindeorgane und die Radevormwalder Öffentlichkeit über die wirtschaftliche Situation der Bäder Radevormwald GmbH zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**   18 Ja-Stimmen       (2 CDU, 8 SPD, 5 UWG, 3 AL)  
                                  18 Nein-Stimmen     (14 CDU, 3 FDP, proNRW)  
                                  4 Enthaltungen     (2 SPD, UWG, Bürgermeister)

Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

**6.           Haushalt / Haushaltssicherungskonzept**

---

**6.1.       Wegfall der geplanten Verwaltungsstelle für den Fachbereich Stadtplanung und Umwelt (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014)**

---

Frau Gottlieb macht die Notwendigkeit der Einrichtung der Verwaltungsstelle für den Fachbereich Stadtplanung und Umwelt deutlich und betont, dass der Fachbereich Stadtplanung und Umwelt über keine Verwaltungskraft verfügt. Sie führt zunächst aus, dass die Verwaltungstätigkeiten daher bislang von den dortigen Ingenieuren übernommen werden müssen, wodurch sehr viel Zeit für die organären Planungs-/Ingenieurstätigkeiten fehlt.

Da das jetzige Arbeitsaufkommen bereits nicht mehr zu bewältigen ist, sollte die im Stellenplan vorgesehene unbefristete Vollzeit-Verwaltungskraft aus dem gehobenen Dienst insbesondere folgende rechtliche und formelle Pflichtaufgaben übernehmen, um die Planer zu entlasten:

- die Verfahrensbetreuung der Bauleitplanverfahren verantwortlich übernehmen,
- planungsrechtliche Stellungnahmen (in den einfacheren Fällen) übernehmen,
- Bußgeld- und Ordnungsverfügungen im Bereich Baumschutz erarbeiten,
- das Fördermittel- und Vergabemanagement im Bereich der Fördermaßnahmen unterstützen,
- Städtebauliche Verträge, Durchführungs- und Erschließungsverträge formal korrekt erstellen und somit das Vertragsmanagement übernehmen sowie
- das Sitzungsmanagement über Session führen und die Niederschriften für den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr erarbeiten

Hierdurch würden die Ingenieure - Frau Böhmer und Herr Schmalenbeck als unbefristete Planer für den Bereich Stadtplanung/Bauleitplanung und Stadtentwicklung zuständig – in die Lage versetzt die Erfüllung der bereits vorhandenen Aufgaben/Projekte sicherzustellen und mit dem „Stadtentwicklungsprozess“ zu beginnen. Dieses ist ohne die beantragte Stelle nicht möglich. Zudem müsste eigentlich – aufgrund der bereits weit fortgeschrittenen Vermarktung des Baugebietes Wasserturmstraße (16 von 34 Baugrundstücken sind bereits verkauft und 2 weitere Baugrundstücke reserviert) – mit der Planung eines neuen Baugebietes (z.B. „Sportplatz Jahnstraße“) begonnen werden, um der Nachfrage nachzukommen und in diesem Fall attraktives, innenstadtnahes Wohnen zu ermöglichen.

Zudem steigen die rechtlichen und formellen Anforderungen an die Planung:

- In formellen Planungsprozessen werden die Bürgerbeteiligung für die Akzeptanz des Planes sowie vertragliche Regelungen (Städtebauliche Verträge, Durchführungs- und Erschließungsverträge) als zwingend notwendige Bestandteile der Planung für die Realisierung der Planung immer wichtiger.
- Auch werden die formellen Planungsprozesse ständig komplexer: Nach dem Bedeutungsgewinn des vorbeugenden Immissions- und Umweltschutzes und des Monitorings rückt nun der Artenschutz in den Fokus der Gesetzgebung und der gerichtlichen Überprüfung.
- Das BVerG sowie das OVG NRW haben erhöhte Anforderungen an die Bekanntmachungen des Aufstellungsbeschlusses sowie der öffentlichen Auslegung gestellt; deren Nichtbeachtung kann einen beachtlichen Verfahrensmangel darstellen und somit zur Unwirksamkeit des Planes führen
- Der Aktenführung und insbesondere der Dokumentation von Verwaltungsentscheidungen kommt ein immer höherer Stellenwert zu.

Hierdurch wird die Ergänzung des Fachbereichs um eine versierte Verwaltungskraft aus dem gehobenen Dienst immer dringender. Sowohl aus städtischer Sicht, aber auch für die Entwickler/Investoren könnte dadurch die Planungs-/Investitionssicherheit – die auf Rechtssicherheit basiert – erhöht werden.

In den letzten Jahren hat sich immer wieder gezeigt, dass die Verwaltung und damit auch die Politik oftmals schnell auf Erweiterungs-/Ansiedlungswünsche der örtlichen Unternehmen oder neuen Unternehmen reagieren muss.

Herr Haselhoff bedankt sich für die Ausführungen von Frau Gottlieb und betont, dass eine eventuelle Gefährdung des Stadtentwicklungskonzeptes und der sonstigen Projekte/ Maßnahmen für die UWG-Fraktion nicht tragbar ist. Daher wird diesem Antrag nicht zugestimmt.

Herr Viebach macht klar, dass die Streichung dieser Stelle vorrangig wirtschaftliche Gründe hat. Er möchte wissen, wie der Bürgermeister die Dringlichkeit dieser Stelle einschätzt.

Der Bürgermeister erklärt, dass diese Stelle im vorliegenden Stellenplan vorhanden ist, da er sie für erforderlich hält. Er stellt klar, dass ohne das benötigte Personal einige Arbeiten nicht mehr ausgeführt werden können.

Auf Nachfrage von Herr Viebach gibt Herr Nipken an, dass 48.000 € im Haushalt für externe Dienstleistungen im Bereich des Stadtentwicklungskonzeptes eingeplant sind.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die für den Fachbereich „Stadtplanung und Umwelt“ im Stellenplan 2014 vorgesehene Neueinrichtung einer Verwaltungsstelle, abzulehnen.

**Abstimmungsergebnis:** 26 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD)  
8 Nein-Stimmen (6 UWG, proNRW, Bürgermeister)  
6 Enthaltungen (3 FDP, 3 AL)

**6.2. Aufrechterhaltung der jugendpflegerischen Aufgaben im Jugendzentrum Life (Haushaltsbegleit Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0208/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die bisher wahrgenommenen jugendpflegerischen Aufgaben im Jugendzentrum Life in den Wupperortschaften vollumfänglich mit 30 Wochenstunden aufrechtzuerhalten. Dies gilt auch für alle übrigen jugendpflegerischen Maßnahmen im Stadtgebiet.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**6.3. Änderungen im Stellenplan C, Feuerwehr (Haushaltsbegleit Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0209/2014**

---

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann betont der Bürgermeister, dass sich die jeweiligen kw-Vermerke nicht auf ein bestimmtes Jahr beziehen, sondern nur eine allgemeine Zielsetzung darstellen.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den Stellenplan 2014 der Feuerwehr wie folgt zu ändern: Vier hauptamtliche Stellen sowie zwei weitere Stellen, die mit kw-Vermerk ausgewiesen sind.

**Abstimmungsergebnis:** 37 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 3 FDP, 6 UWG, proNRW, Bürgermeister)  
3 Nein-Stimmen (3 AL)

**6.4. Bericht über die Organisationsuntersuchung Fachbereich Tiefbau und Fachbereich Zentrale Dienste (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014)**

**AN/0216/2014**

Der Bürgermeister teilt dem Rat mit, dass die Organisationsuntersuchungen in den Fachbereichen Tiefbau und Zentrale Dienste zwischenzeitlich abgeschlossen sind. Ein entsprechender Abschlussbericht liegt allerdings bisher nur vom Fachbereich Tiefbau vor. Er zitiert aus dem dortigen Gutachten, dass das nun vorhandene Personal ausreicht. Die weiter in dem Bericht aufgeführten innerorganisatorischen Anmerkungen sollen im zuständigen Fachausschuss, hier dem Bauausschuss, vorgestellt und beraten werden.

Herr Stark bedankt sich für die Ausführungen des Bürgermeisters und bittet um eine zusätzliche, zusammenfassende Synopse; dies gilt auch für den Bericht des Fachbereiches Zentrale Dienste.

Herr Viebach bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen, bevorzugt aber eine genauere Vorstellung des Berichtes für den Fachbereich Tiefbau im Hauptausschuss.

Der Bürgermeister hält eine Behandlung im Bauausschuss für sinnvoller. Er schlägt vor, hierüber abschließend zu entscheiden, sobald der Bericht den Fraktionen vorliegt.

**6.5. Stellenplan 2014**

**BV/0579/2014**

Es liegen keine weiteren Anmerkungen und Fragen zum Stellenplan vor.

**6.6. Betriebswirtschaftliche Vergleichsrechnung zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 27.02.2014)**

**AN/0194/2014**

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Herr Nipken verweist hierzu auf die Beratung im Hauptausschuss. Das Landesabfallgesetz sieht vor, dass die Städte und Gemeinden für das Sammeln und Befördern des Restmülls und der sonstigen Abfälle zuständig sind. Für die Entsorgung ist der Kreis zuständig, welcher Mitglied beim BAV ist. Daher ist ein Austritt der Stadt selbst nicht möglich. Weiter macht er klar, dass die Prüfung, ob eine Rekommunalisierung ein Einsparpotential bringt, extern vergeben werden müsste.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung aufzufordern, in einer betriebswirtschaftlichen Vergleichsrechnung darzulegen, ob und in welcher Höhe Kosteneinsparungen erzielt werden können, wenn das Einsammeln und Transportieren des Restmülls eigenständig durchgeführt würde. Darüber hinaus ist gleichfalls zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, aus dem BAV auszutreten und welche Kosteneinsparungen sich ergeben, wenn die „Verwertung“ des Restmülls über ein Ausschreibungsverfahren vergeben würde.

**Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen	(3 FDP, 3 AL)
33 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, Bürgermeister)
1 Enthaltung	(proNRW)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**6.7. Verzicht Erwerb Asylbewerberunterkunft (Haushaltsbe- AN/0197/2014  
gleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014)**

---

Herr Schröder erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Haushaltsmittel für den Erwerb der Asylbewerberunterkunft zu streichen.

**Abstimmungsergebnis:** 3 Ja-Stimmen (3 FDP)  
36 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, 3 AL, Bürgermeister)  
1 Enthaltung (proNRW)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**6.8. Sperrvermerk Erwerb Asylbewerberunterkunft (Haus- AN/0210/2014  
haltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom  
10.03.2014)**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, dass die für den Erwerb einer Asylbewerberunterkunft vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 240.000 € in 2014 mit einem „Sperrvermerk“ zu versehen sind. Die Aufhebung des Sperrvermerks kann nur durch den Rat erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**6.9. Wegfall Zuschuss Kulturkreis (Haushaltsbegleitantrag AN/0198/2014  
der FDP-Fraktion vom 11.03.2014)**

---

Herr Schröder erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Ebbinghaus kann nicht nachvollziehen, dass die FDP-Fraktion einerseits den Sportbereich, mit dem Bau einer Sportanlage, unterstützt, aber andererseits den Kulturbereich benachteiligen will.

Herr Haselhoff erklärt, dass die UWG-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen kann, da der Kulturbereich ein wichtiges Element der Stadt ist.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den Zuschuss für den Kulturkreis zu streichen.

**Abstimmungsergebnis:** 3 Ja-Stimmen (3 FDP)  
33 Nein-Stimmen (13 CDU, 10 SPD, 5 UWG, 3 AL, proNRW, Bürger-  
meister)

Herr Dr. Weber (CDU), Frau Plasberg-Keidel (CDU), Herr Viebach (CDU) und Herr Steinmüller (UWG) sind befangen und nehmen daher nicht an der Abstimmung teil.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**6.10. Veränderung " Zuschüsse von privaten Unternehmen, AN/0211/2014  
Produktgruppe 1.16.01" (Haushaltsbegleitantrag der  
CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014)**

---

Herr Ebbinghaus hält die Festsetzung eines bestimmten Betrages in diesem Fall für rechtswidrig, da hier die Zuverlässigkeit der Höhe auf Dauer nicht gegeben ist.

Herr Schröder stimmt den Ausführungen von Herrn Ebbinghaus zu. Er führt an, dass der Summe keinerlei Berechnung zugrunde liegt.

Herr Rolf Schäfer macht deutlich, dass so ein Vorgehen bereits bei anderen Sparkassen üblich ist. Zumal betont er, dass die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Sparkasse beobachtet werden soll, um zu ermitteln, ob eine solche Gewinnausschüttung möglich ist.

Da Unverständnis über die Formulierung des Beschlussentwurfes vorherrscht, schlägt Herr Lorenz vor, dass der Begriff „festsetzen“ durch „einzuplanen“ ersetzt werden soll.

Es folgt nun die Abstimmung über den von Herrn Lorenz abgeänderten Beschlussentwurf.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, bei der Position „Zuschüsse von privaten Unternehmen“ PG 1.16.01 für die Haushaltsjahre 2015 bis 2022 jährlich 200.000 € einzuplanen

**Abstimmungsergebnis:** 30 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 3 UWG, Bürgermeister)  
7 Nein-Stimmen (3 UWG, 3 AL, proNRW)  
3 Enthaltungen (3 FDP)

**6.11. Umgestaltung Zufahrt Kaiserstraße Ost und Ausfahrt AN/0199/2014  
Oststraße (Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom  
11.03.2014)**

---

Herr Schröder erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die im Haushalt 2014 und 2015 eingestellten Haushaltsansätze für „Umgestaltung Zufahrt Kaiserstr. Ost“ und „Umgestaltung Ausfahrt Oststr.“ zu streichen.

**Abstimmungsergebnis:** 7 Ja-Stimmen (3 FDP, 3 AL, proNRW)  
33 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**6.12. Wegfall Ersatzbeschaffung Geländewagen (Haushaltsbe- AN/0200/2014  
gleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014)**

---

Herr Schröder erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den im Haushalt 2014 eingestellten Haushaltsansatz für „Ersatzbeschaffung Geländewagen“ zu streichen.

**Abstimmungsergebnis:** 3 Ja-Stimmen (3 FDP)  
37 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

---

**6.13. Wegfall Ersatzbeschaffung Multicar (Haushaltsbegleit Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014 AN/0202/2014)**

---

Herr Schröder erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Uellenberg macht deutlich, dass hierüber bereits im Bauausschuss detailliert berichtet und beraten wurde. Er weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die Ersatzbeschaffung schon seit Jahren geschoben wird.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den im Haushalt 2014 eingestellten Haushaltsansatz „Ersatzbeschaffung Multicar“ zu streichen.

**Abstimmungsergebnis:** 3 Ja-Stimmen (3 FDP)  
37 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

---

**6.14. Wegfall Fassadendämmung Turnhalle Jahnstraße (Haushaltsbegleit Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014 und Haushaltsbegleit Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014 AN/0201/2014)**

---

Zunächst erläutert Herr Schröder den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Viebach erläutert den Antrag der CDU- und SPD-Fraktion und macht deutlich, dass die Verarbeitung des Giebels aus energetischen Gründen für notwendig gehalten wird und lediglich die Instandsetzung der Fassadendämmung im vorderen Bereich nicht durchgeführt werden soll.

Es folgt zunächst die Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den im Haushalt 2014 eingestellten Haushaltsansatz „Instandsetzung Turnhalle Jahnstraße Fassadendämmung“ zu streichen.

**Abstimmungsergebnis:** 3 Ja-Stimmen (3 FDP)  
37 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nun folgt die Abstimmung über den Antrag der CDU- und SPD-Fraktion.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die mit der Veränderungsliste zum Entwurf des Haushalts 2014 von der Verwaltung vorgeschlagene Maßnahme, die „Instandsetzung Turnhalle Jahnstraße“ um 100.000 € zu erhöhen, abzulehnen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**6.15. Rekommunalisierung externer Dienste (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 16.03.2014) AN/0227/2014**

---

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Der Bürgermeister gibt an, dass der Auftrag entgegengenommen wird, macht aber deutlich, dass eine Überprüfung nicht in allen Bereichen möglich bzw. sinnvoll ist.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die bislang nach außen vergebenen Dienstleistungen daraufhin zu prüfen, ob eine Rekommunalisierung dieser Aufgaben, auch unter dem Aspekt der Teilung der Mitarbeiter mit mehreren Kommunen (shared services) lohnend sein kann. Ein Bericht über die Rückführungsmöglichkeiten von externen Aufgaben sollte in der ersten Hauptausschusssitzung nach den Sommerferien 2014 gegeben werden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**6.16. Reduzierung der Haushaltsmittel für den Bau der Umkleidekabinen Sportanlage "Schulzentrum" (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 12.03.2014) AN/0213/2014**

---

Herr Müller macht deutlich, dass die Summe der benötigten Haushaltsmittel entgegen dem vorliegenden Antrag nun bei 166.000 € liegt.

Herr Lorenz stellt klar, dass in der Realschule aufgrund des Baus der Umkleidekabinen zwei Räume wegfallen. Er möchte wissen, ob für die Neueinrichtung, u.a. des Textilraums, Haushaltsmittel eingeplant worden sind.

Der Bürgermeister merkt an, dass entsprechende Mittel für das Jahr 2015 eingeplant werden, falls der Raumbedarf nicht anders gedeckt werden kann.

Es folgt nun die Abstimmung mit der von Herrn Müller korrigierten Summe.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die im Haushalt 2015 für die Errichtung von Umkleidekabinen an der neuen Sportanlage „Schulzentrum“ veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 400.000 € auf 166.000 € zu reduzieren. Der von der Verwaltung mit Veränderungsliste zur Sitzung des Hauptausschusses vorgelegte Vorschlag, auf die Umkleidekabinen ganz zu verzichten wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:** 37 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)  
3 Nein-Stimmen (3 FDP)

**6.17. Sperrvermerk Produkt "1.01.12, Digestorien Hauptschule" (Haushaltsbegleit- AN/0214/2014  
antrag der SPD-Fraktion vom  
10.03.2014)**

---

Herr Stark betont, dass die SPD-Fraktion großen Wert darauf legt, dass zukünftig innerhalb der Schulen eine engere Kooperation, z.B. gegenseitige Nutzung von Räumen und Ausstattungen, stattfindet. Der Antrag ist aufgrund der Ausführungen im Hauptausschuss erledigt.

**6.18. Einrichtung einer offenen Ganztagschule der GGS Ber- AN/0215/2014  
gerhof-Wupper am Standort Wupper (Haushaltsbegleit-  
antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2014)**

---

Herr Stark erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, spätestens mit dem Schuljahr 2014 / 2015 bei der GGS Bergerhof-Wupper, am Standort Wupper, Auf der Brede, eine offene Ganztagschule einzurichten. Für den zusätzlichen Betreuungsaufwand sind jährlich 5.000 € zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**6.19. Senkung der Energiekosten (Haushaltsbegleit- AN/0219/2014  
antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)**

---

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Herr Ebbinghaus kann das Zustandekommen des Einsparungsziels nicht nachvollziehen.

Herr Schröder stimmt den Ausführungen von Herrn Ebbinghaus zu. Zudem wurde bereits im Hauptausschuss verwaltungsseitig mitgeteilt, dass bereits aktuell auf den Einsatz von energiesparenden Maßnahmen geachtet wird.

Herr Hoffmann erklärt, dass die Zahlen des Antrags aus dem Haushalt stammen und stellt klar, dass das Hauptziel des Antrags das Entgegenwirken steigender Energiekosten ist.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen im Rahmen der Wartung und Instandsetzung energie- und kostensenkende Maßnahmen kontinuierlich umzusetzen. Allein durch eine Senkung des Stromverbrauches um 10 % könnten die Kosten (Sachkonto: 522100) um ca. 60.000 € reduziert werden. Insbesondere die Verwendung von LED Technik kann einen großen Beitrag dazu leisten.

**Abstimmungsergebnis:** 6 Ja-Stimmen (6 UWG)  
32 Nein-Stimmen (14 CDU, 10 SPD, 3 FDP, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)  
2 Enthaltungen (2 CDU)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Unterbrechung der Sitzung: 17.50 Uhr bis 18.00 Uhr

---

**6.20. Erstellung Gebäudenutzungskonzept (Haushaltsbegleit- AN/0220/2014  
antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, ein Gebäudenutzungskonzept zu erstellen. Ziel des Konzeptes soll es sein, die optimale Ausnutzung der kommunalen Gebäude sicher zu stellen. Damit entfallen Mietkosten und der Ergebnisplan wird wesentlich verbessert. Die Auswirkungen sollen schon im Jahr 2014 wirksam werden und als Grundlage für die Haushaltsberatungen 2015 dienen. Das Konzept und auch die Auswirkungen der Maßnahme soll im Hauptausschuss vorgestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:** 6 Ja-Stimmen (6 UWG)  
34 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 3 FDP, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

---

**6.21. Ausschreibung der Gebäudereinigung (Haushaltsbe- AN/0221/2014  
gleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)**

---

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus gibt Herr Nipken an, dass bei einer neuen Ausschreibung nicht mit Einsparungen zu rechnen ist.

Herr Schröder regt an, die generelle Kostenverteilung auf die unterschiedlichen Gebäude noch einmal zu hinterfragen und zu überprüfen.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die Gebäudereinigung (Ergebnis im Haushalt 2012: 529.611 €, Ansatz in 2014: 546.050 €) neu auszuschreiben. Ziel der Ausschreibung soll es sein, eine Kostenreduktion um mindestens 20 % zu erreichen. Dadurch kann der Ergebnisplan erheblich verbessert werden. Hierbei soll auch betrachtet werden, ob eine Verteilung der Arbeiten auf verschiedene Unternehmen sich kostensenkend auswirken kann. Die entsprechende Haushaltsposition soll um 20 % reduziert werden.

**Abstimmungsergebnis:** 6 Ja-Stimmen (6 UWG)  
34 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 3 FDP, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

---

**6.22. Verringerung der Kosten für die externen Beratungen AN/0222/2014  
(Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom  
12.03.2014)**

---

Herr Steinmüller erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Der Bürgermeister macht klar, dass die veranschlagten der Haushaltsmittel für diesen Bereich bereits nur auf das Nötigste begrenzt sind.

Auf Einwurf seitens Herrn Ebbinghaus, dass die Konkretisierung des Antrags fehlt, erwidert Herr Steinmüller, dass die Verwaltung entscheiden muss, an welchen Positionen diese Summe eingespart werden kann. Die vorgegebene Summe ist als Zielvorgabe an die Verwaltung zu verstehen.

Herr Schröder macht auch darauf aufmerksam, dass hier diverse Verträge bestehen, die nicht zeitnah gekündigt werden können.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die Kosten für externe Beratung (z.B. Organisationsuntersuchungen, externe Ingenieurleistungen etc. = Konto 542xxx „Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten“) im Haushaltsjahr 2014 um 20 % (ca. 300.000 €) gegenüber den gemachten Ansätzen zu verringern. Ziel soll es grundsätzlich sein, durch interne Kräfte die benötigten Beratungsleistungen abzudecken. Über diese Maßnahme ist im Hauptausschuss zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:** 6 Ja-Stimmen (6 UWG)  
34 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 3 FDP, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**6.23. Senkung der Telefonkosten (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) AN/0223/2014**

---

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion. Er weist darauf hin, dass bei Durchsicht der Prüfung durch das RPA, aufgefallen ist, dass die Kosten sehr überhöht sind. Er bittet darum, dass die Verwaltung dort entsprechende Gespräche führt.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die im Haushalt 2014 geplanten Telefonkosten (56.220 €) um 20 % zu senken. Dazu sollen mit dem Dienstleister dementsprechend Vereinbarungen getroffen werden. Über den Erfolg dieser Maßnahme soll im Hauptausschuss berichtet werden.

**Abstimmungsergebnis:** 6 Ja-Stimmen (6 UWG)  
34 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 3 FDP, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**6.24. Einführung einer Internetplattform (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) AN/0224/2014**

---

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Der Bürgermeister lobt die Idee, macht aber darauf aufmerksam, dass zusätzliches Personal benötigt werden würde.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Internetplattform (durch Integration in die vorhandene Website [www.radevormwald.de](http://www.radevormwald.de)) zu erstellen, in der die Bürger Verbesserungsvorschläge (hier insbesondere zum Einsparungspotential im Haushalt) einstellen können. Dazu kann ein einfaches „Kontaktformular“ installiert werden und eine weitere Verarbeitung soll durch Verwaltung und Politik erfolgen. Diese Vorschläge sollen von der Verwaltung, nach Diskussion mit dem jeweiligen Ausschussvorsitzenden, in den zuständigen Ausschuss eingebracht werden. Die Anträge sind entsprechend zu kennzeichnen und dem Bürger ist ein Feedback zu geben.

**Abstimmungsergebnis:** 9 Ja-Stimmen (6 UWG, 3 AL)  
31 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 3 FDP, proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**6.25. Instandhaltung der Grünflächen (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) AN/0225/2014**

---

Herr Hoffmann erklärt, dass dieser Antrag aufgrund der Ausführungen von Frau Gottlieb im Hauptausschuss, erledigt ist.

**6.26. Erteilung eines Prüfauftrag an das Rechnungsprüfungsamt (Haushaltsbegleitantrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0217/2014**

---

Herr Stark erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass bei allen neuen Maßnahmen geprüft wird, ob dort Förderungsmöglichkeiten bestehen. Auch zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen ist die Stadt gesetzlich verpflichtet und kommt dem auch nach.

Weiter weist der Bürgermeister darauf hin, dass sich die Arbeit in der Verwaltung zuletzt überwiegend aus kontrollierenden und überprüfenden Tätigkeiten dargestellt hat. Dadurch bleibt für ein aktives und produktives Gestalten zum Wohle der Stadt nicht mehr genügend Zeit. Aufgrund der zuletzt vielen Überprüfungen sind die Mitarbeiter eher ängstlich geworden und trauen sich nicht mehr, Engagement und Kreativität zu zeigen.

Nach Meinung von Herrn Schröder sollte der Antrag in den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen werden.

Herr Stark erklärt sich im Namen der SPD-Fraktion damit einverstanden.

Es folgt nun die Abstimmung über die Verweisung des Antrags in den Rechnungsprüfungsausschuss.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Behandlung in den Rechnungsprüfungsausschuss zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Unterbrechung der Sitzung: 18.35 Uhr – 18.40 Uhr

**6.27. Haushalt 2014, Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2022 BV/0578/2014**

---

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, folgen nun die Reden der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2014.

Herr Viebach macht deutlich, dass der Haushalt heute mit einem Negativergebnis von 7,5 Mio. € verabschiedet werden soll. Hierfür ist auch der erhebliche Rückgang der Gewerbesteuer verantwortlich. Es ist hervorzuheben, dass auch für diesen schwierigen Haushalt die SPD- und CDU-Fraktion wieder gemeinsam im Sinne der Stadt gearbeitet haben. Er weist weiter darauf hin, dass durch die Ablehnung der Sekundarschule besonders die Verwaltung gefragt, hier entsprechend zu handeln und appelliert an den Bürgermeister, die gesamten Prozesse in der Verwaltung zu steuern und für die Durchsetzung des Haushalts zu sorgen. Abschließend bedankt er sich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung und erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird.

Herr Stark stellt klar, dass der vorliegende Haushalt keinen Spielraum mehr bietet. Auch er lobt die wiederholte Zusammenarbeit der CDU- und SPD-Fraktion und betont, dass gewollt

auf Steuererhöhungen verzichten wurde. Des Weiteren muss zeitnah überlegt werden muss, wie nach der Ablehnung der Sekundarschule verfahren wird. Weiter soll die Arbeit im Ehrenamt auch zukünftig gefördert und unterstützt werden. Die SPD-Fraktion spricht den Mitarbeitern der Verwaltung ihren Dank aus und teilt mit, dass dem Haushalt ebenfalls zugestimmt wird.

Herr Schröder erklärt, dass für das hohe Negativergebnis des Haushaltes u.a. die Kreisumlage, die Zahlungen zum Aufbau des Ostens, sowie die Beiträge an diverse Verbände verantwortlich sind. Diese Ausgaben kann man nicht kontrollieren oder vermeiden. Des Weiteren weist er u.a. auf die noch nicht absehbaren Folgen aus dem Untersuchungsausschuss und den Derivatverträgen hin, die ein weiteres finanzielles Risiko darstellen. Aufgrund der im Haushalt enthaltenen Risiken, kann die FDP-Fraktion den Haushalt nicht mittragen.

Herr Hoffmann bedankt sich vorab bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit, insbesondere im Zuge der Haushaltsberatungen. Er macht deutlich, dass die UWG-Fraktion nicht einzelne Positionen im Haushalt streichen will, da dadurch die Handlungsfähigkeit der Verwaltung beschränkt wird. Stattdessen sollen Ziele formuliert werden, deren Entscheidung über Ausführung und Handhabung bei der Verwaltung liegen soll. Abschließend erklärt er, dass die UWG-Fraktion dem vorliegenden Haushalt zustimmen wird.

Herr Ebbinghaus macht zunächst deutlich, dass man auch für die Zukunft nicht mit hohen Gewerbesteuerereinnahmen rechnen kann. Seiner Meinung nach werden in dem vorliegenden Haushalt die Risiken lediglich in die Zukunft verschoben. Zudem deckt dieser nicht die noch ungewissen Ausgänge der Untersuchung „Wülfing“ und der Derivatverträge ab. Weiter führt er aus, dass die Zusage der Verwaltung jährlich 2 Stellen zu streichen nicht sinnvoll und gehaltvoll ist, da noch nicht festgelegt ist, welche Bereiche oder Aufgaben davon genau betroffen sind. Da dieser Haushalt nicht nachhaltig ist, wird auch die AL-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen können.

Es folgt nun die Abstimmung über den Haushalt 2014.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt den Haushalt 2014 und das Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2012 bis 2022 und den dazugehörigen Stellenplan.

**Abstimmungsergebnis:** 34 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, proNRW, Bürgermeister)  
6 Nein-Stimmen (3 FDP, 3 AL)

**7. Neufassung der Entwässerungssatzung der Stadt Radevormwald vom 18.06.2008 BV/0576/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt die anliegende Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Entwässerungssatzung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**8. Neufassung der Ausführsatzung vom 18.06.2008****BV/0577/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt die anliegende Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben) – Ausführsatzung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**9. 1. Änderung zur Friedhofssatzung vom 30.06.2011****BV/0583/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Friedhofssatzung vom 30.06.2011 der Stadt Radevormwald entsprechend den Erläuterungen zu § 21 Absatz 4 Buchstabe h) sowie § 22 Absatz 2 zu ändern.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**10. Umgestaltung von Schlossmacherplatz/ -passage****BV/0527/2013/2**

---

**Beschluss:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, nach Mittelfreigabe durch die Kommunalaufsicht die Baumaßnahme gemäß der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald öffentlich auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**11. Ertüchtigung Ortsentwässerung Filde****BV/0545/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Baumaßnahme gemäß der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald beschränkt auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**12. Straßenunterhaltung 2014****BV/0548/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, nach Mittelfreigabe durch die Kommunalaufsicht die Baumaßnahmen gemäß der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald öffentlich auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**13. Energetische Teilsanierung der Turnhalle Jahnstraße** **BV/0346/2012/3**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die noch ausstehenden Gewerke, soweit gegenfinanziert

- a) aus der Ermächtigungsübertragung unverzüglich
- b) soweit im HH 2014 dargestellt, nach dem Haushaltsbeschluss und der Haushaltsgenehmigung auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**14. Ersatzbeschaffung Multicar Fumo Bj. 2002** **BV/0563/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, nach Freigabe der Haushaltsmittel die Ersatzbeschaffung des Multicars „Fumo“ (Bj. 2002) entsprechend der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** 37 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 UWG, 3 AL, proNRW, Bürgermeister)  
3 Nein-Stimmen (3 FDP)

---

**15. Lärmaktionsplan Stufe 2** **BV/0568/2014**  
**hier: Bericht über die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 47 d Abs. 3 BlmschG sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Beschluss des Lärmaktionsplanes**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Lärmaktionsplan Stufe 2, Stand Februar 2014.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**16. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes, ehemaliger Schulstandort Blumenstraße und Umgebung**

---

**16.1. Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 15.08.2013** **BV/0510/2013/1**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der Anregung des Landrates des Oberbergischen Kreises zu folgen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**16.2. Bericht über die öffentliche Auslegung des Entwurfes sowie über die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (2) bzw. 4 (2) BauGB; Feststellungsbeschluss** **BV/0534/2013/1**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt die Feststellung der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes, ehemaliger Schulstandort Blumenstraße und Umgebung und billigt deren Begründung einschließlich Umweltbericht.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**17. Ermächtigungsübertragungen Haushaltsjahr 2013 - 2014** **BV/0582/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, die von der Verwaltung aufgeführten Ermächtigungsübertragungen vom Haushaltsjahr 2013 in das Haushaltsjahr 2014 zu übernehmen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**18. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen** **IV/0459/2014**

---

Herr Ebbinghaus bittet die Verwaltung um Auskunft, woher die überplanmäßigen Ausgaben im Bereich der „Schülerbeförderung“ resultieren.

Herr Nipken erklärt, dass diese Mehrkosten aufgrund einer erheblichen Preissteigerung durch die OVAG entstanden sind. Diese Erhöhungsmöglichkeit wurde seitens der OVAG ausgeschöpft.

Der Rat der Stadt nimmt die Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis.

**19. Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung der Stadt Radevormwald** **IV/0457/2014**

---

Der Rat der Stadt nimmt die Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung der Stadt Radevormwald zur Kenntnis.

**20. Mitteilungen und Fragen**

---

a) Herr Viebach geht davon aus, dass die Erstellung des Jahresabschlusses 2013 soweit abgeschlossen ist und möchte wissen, welche Differenz es zwischen dem geplanten und dem erzielten Ergebnis gibt.

Hierzu führt Herr Nipken aus, dass die Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 noch nicht abschließend beendet ist. Es ist allerdings schon zu sagen, dass das Jahresergebnis 2013 voraussichtlich um 200.000 – 400.000 € verfehlt wurde.

b) Weiter bittet Herr Viebach um Auskunft, wie mit dem Wegfall der Hauptschule umgegangen wird bzw. ob es hier bereits Lösungsansätze gibt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass für die kommende Woche ein Gespräch mit der Hauptschule geplant ist. Zudem soll nach der Bürgermeisterwahl in Hückeswagen auch dort eine entsprechende Kontaktaufnahme stattfinden. Ein entsprechendes Konzept liegt allerdings noch nicht vor, dafür ist die Thematik zu komplex und problematisch. Er betont abschließend, dass aber grundsätzliche eine Überlegung alle Schulformen betreffend angestrebt werden muss.

c) Herr Viebach gibt an, dass die Inhaberin der Eisdielen auf der Kaiserstraße aufgrund des dortigen Parkplatzes, Einschränkungen im Bereich der Außengastronomie ausgesetzt ist. Er fragt die Verwaltung, ob es hier möglich wäre, den Parkplatz nur während der Winterzeit zu nutzen und ihn ansonsten zur Außengastronomiefläche dazu zu nehmen.

Der Bürgermeister sagt zu, dass diese Bitte zur Prüfung weitergeleitet wird.

Frau Bartholomäus macht eingehend deutlich, dass hier dringendes Handeln erforderlich ist, da diese Situation besonders für Kinder, die sich dort aufhalten, sehr gefährlich ist.

Frau Gottlieb merkt an, dass dieser Parkplatz - sowie der Parkplatz vor „Kalkuhl“ und „Gaststätte/Hotel zum Löwen“ - auf Wunsch und Beschluss der Politik dort geplant und eingerichtet worden ist. Das Ursprungskonzept der Verwaltung und des Planungsbüros MWM sah diese nicht vor, daher kann sie inhaltlich den Wunsch der Eisdielen voll nachvollziehen. Soll nun von dem Beschluss abgewichen werden, so benötigt die Verwaltung ein „Votum“. dass dieses der mehrheitliche Wunsch der Politik ist.

Die Fraktionen stimmen dem einvernehmlich zu. Daraufhin verspricht Frau Gottlieb diese Prüfungsbitte umgehend an den Fachbereich Soziales und Ordnung weiterzuleiten.

d) Herr Schröder weist noch einmal auf den als Tischvorlage vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion hin.

Der Bürgermeister macht wiederholt deutlich, dass eine Behandlung dieses Antrags in der heutigen Sitzung aus formeller Sicht nicht zulässig ist. Zudem ist eine Abstimmung unter dem TOP „Mitteilungen und Fragen“ nicht möglich.

Frau Gottlieb führt hierzu aus, dass sie vom Fachbereich Soziales und Ordnung mitgeteilt bekommen hat, dass sich dort Hydranten und Schieber für die Löschwasserversorgung der Innenstadt befinden. Diese müssen jederzeit zugänglich sein, daher können dort sowohl keine provisorischen, als auch zukünftigen Parkplätze eingerichtet werden.

e) Herr Steinmüller bittet um Auskunft, wie die Installation der LED-Beleuchtung im Zuge der energetischen Teilsanierung der Hermannstraße, die laut Förderbescheid bis zum 31.07.2014 abgeschlossen sein soll, bewältigt werden soll, wenn der Haushalt erst noch genehmigt werden muss.

Hierzu erklärt Frau Gottlieb, dass bereits Gespräche mit dem Fördergeber bzgl. entsprechender Fristverlängerung stattgefunden haben.

f) Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus teilt Frau Butz mit, dass es bisher keine neuen Entwicklungen im Bezug auf die Armin-Maiwald-Schule gibt. Die Gespräche sollen unmittelbar nach der Kommunalwahl wieder aufgenommen werden.

g) Herr Sebastian Schlüter möchte von der Verwaltung wissen, ob es bekannt ist, dass sämtliche Anfragen der Bauherren des Neubaugebietes Wasserturmstraße bzgl. eines Kindergartenplatzes abgelehnt worden sind.

Frau Butz hat keinerlei Kenntnis über dortige Bauherren, die für einen Kindergartenplatz angefragt haben. Sie gibt an, dass einige Anfragen, die direkt bei den Kindergärten und zwei bis drei Jahre im Voraus gestellt werden, oft abgelehnt werden.

Ende des öffentlichen Teils: 19.45 Uhr

Dr. Josef Korsten  
Vorsitzender

Vanessa Jager  
Schriftführerin